

vorrief und schließlich zu jener telegraphischen Benachrichtigung Veranlassung gab. Während indeß die Eltern an das Krankenlager des Sohnes eilten, traf sie hier die Nachricht von einer günstigen Wendung der Krankheit, und infolge dessen setzte die Gräfin Bismarck allein die Reise nach Bonn fort, während der Bundeskanzler in Berlin zurückblieb, wo er gegenwärtig noch verweilt. Ob der Aufenthalt eine längere Dauer haben wird, ist noch ungewiß, doch nimmt man an, daß Graf Bismarck, da seine dauernde Anwesenheit nicht unbedingt notwendig ist, nach Barzin zurückkehren wird. Wahrscheinlich wird er jedoch hier so lange bleiben, bis die Nachrichten über das Befinden seines Sohnes in bestimmter Weise die Genesung in Aussicht stellen und die Reise des Vaters nach Bonn als nicht mehr nötig erscheinen lassen. Es sei hier zugleich bemerkt, daß die vor einigen Wochen durch die Zeitungen gegangene Nachricht von einem Duell sich auf den jüngeren Sohn des Bundeskanzlers bezog. Dies Duell ist aber nicht zu Stande gekommen. — Der Stand der Finanzfrage ist gegenwärtig derart, daß von keiner Seite gezwungen wird, der Gegenseite, betreffend die Konsolidierung der Staatsschulden, werde eine mehr als ausreichende Majorität erhalten. (Vergleiche dagegen unsere G.-Korrespondenz.) Ueber die Stellung der Parteien im Abgeordnetenhaus zu dieser Angelegenheit macht namentlich eines der Hauptorgane der national-liberalen Partei, die „Magd. Z.“ Mittheilungen, welche vorzugsweise hinsichtlich des von ihrer Partei eingenommenen Standpunkts bemerkenswerth sind, aber auch sonst als mehr oder weniger zutreffend gelten können. Die National-Liberalen sehen in dem neuen Finanzminister eine ihren Anschauungen nahestehende Persönlichkeit, und sind daher selbst dann geneigt, seinen Finanzprojekten zuzustimmen, wenn sie auch Bedenken gegen dieselben hegen. Sie wissen, daß die Vorlage mit ihrer Unterstützung liegen, ohne dieselbe aber fallen müsse und da Herr Camphausen erklärt hat, das Votum des Abgeordnetenhauses werde für sein Verbleiben im Amte entscheidend sein, so haben sie sich in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Annahme der Vorlage entschlossen. Nichtig ist auch das, was das genannte national-liberale Organ über die Haltung der Fortschrittspartei sagt, welche neben den Ultrakonservativen, mit denen sie zum öfteren gemeinschaftliche Sache macht, allein als entschiedene Gegnerin des Finanzministers auftritt. „Die Fortschrittspartei“, schreibt die „Magd. Z.“, „blind und doktrinär wie immer, wird leidet mit der reaktionären Clique zusammengehen und aus allgemeinem Oppositionsdrange den Gegentwurf verwerfen.“ Aus allgemeinem Oppositionsdrange — die Bezeichnung ist durchaus richtig. Die Fortschrittspartei bekämpft jetzt eben dasselbe Programm zur Beseitigung des Defizits, welches sie selber früher aufgestellt hat. Weniger zutreffend ist das, was die „Magd. Ztg.“ von der Stellung der konservativen Partei sagt. Wahr ist, daß sich im Schoße derselben ernste Bedenken gegen das Finanzprojekt erhoben haben, aber die Majorität der Konservativen befindet sich keineswegs in der Opposition. Von jeher bestand die Partei aus zwei Fraktionen, der Rechten und der äußersten Rechten. Nur die letztere, welche in der „Kreuzzeitung“ ihr Organ und in dem früheren Finanzminister v. Bodelschwingh ihren Hauptführer besitzt, macht gegen die Finanzvorlage Front; zwei Drittel der Konservativen aber werden für die Vorlage stimmen. Die Abstimmung der Finanzkommission läßt auf das Zustandekommen des Gesetzes sicher schließen. Der Entwurf ist in der Kommission angenommen und sind nur solche Änderungen beschlossen worden, welche der Finanzminister selber gutgeheißener oder doch für nicht unannehmbar erklärt hat. Sämtliche Amendements, welche er verworfen, sind auch verworfen worden. Wenn man von einem Umschwung in der Haltung des Hauses spricht und wie die „Elberf. Ztg.“ thut, zur Erklärung derselben einen Besuch des Finanzministers in Barzin erfindet, der nicht stattgefunden hat, so macht man sich unnötige Mühe. Die Darstellung der „Magd. Ztg.“ reicht zur Erklärung der Parteistellung vollkommen aus. — Bestimmte Blätter haben jüngst gemeldet, daß die ganze celler Angelegenheit ihren Impuls gewissermaßen vom Militärkabinet aus erhalten habe und durch einen Adjutanten des Königs betrieben worden sei. Diese Mittheilung stellt sich sofort als Lüge heraus, wenn man sich daran erinnert, daß bekanntlich zwischen der Zeit, wo die Militärbehörde von der Existenz des Denkmals Kenntniß erhielt und der, wo das Denkmal abgetragen wurde, nur 24 Stunden lagen. — Die Schießübungen, welche gegen die Festung Silberberg stattgefunden,

sind beendet und ist bereits der Chef der Artillerie-Prüfungs-Kommission mit seinem Gefolge hierher zurückgekehrt.

○ **Berlin, 6. Dez.** Nach den heute aus München eintraffenden Nachrichten scheint die bayrische Ministerkrise ihren einstweiligen Abschluß mit dem Ausscheiden der Minister des Kultus und des Innern erreicht zu haben. Beide Minister repräsentirten bekanntlich hauptsächlich die innere liberale Reformpolitik, der sich allerdings auch Fürst Hohenlohe insofern selbstständig angeschlossen hatte, als er persönlich die gegen die Politik des römischen Hofes in Sachen des ökumenischen Konzils gerichteten Bestrebungen der bayrischen Regierung vertrat. Ueber den Charakter der Nachfolger verlaute noch nichts, es ist indessen klar, daß dieselben notwendig bis zu einem gewissen Grade als Träger einer Sistierung der Reformmaßregeln angesehen werden müssen, wenn es auch, da Fürst Hohenlohe im Amte verbleibt, kaum wahrscheinlich ist, daß ein vollständiger Umschlag im Sinne der retrograden Anschauungen eintreten wird. Für das zukünftige Verhältnis Bayerns zu Deutschland ist auch dieser theilweise Wechsel von folgenreicher Bedeutung, da eine innere Annäherung des größten süddeutschen Staates an die deutsche Entwicklung notwendig durch eine liberale bayrische Politik im Innern bedingt war und durch jede Hemmung derselben einen Rückschlag erleiden muß. Es ist nicht von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß durch das Verbleiben Hohenlohes im Amte die Stellung Bayerns zur deutschen Frage und speziell zu Preußen offiziell wenigstens keine Aenderung erleidet. Das Programm des bayrischen Ministerpräsidenten, dessen theoretische Formulierung ohnehin sowohl in Bayern als im übrigen Deutschland nur eine verschwindende Minderzahl zustimmte, hatte praktisch nur die Bedeutung der Stagnation und auch die „Patrioten“ können sich mit demselben um so leichter abfinden, als die Dinge doch nicht danach angethan sind, um zu einer feindlichen Offensive zu Preußen oder dem Norddeutschen Bunde überzugehen. Leider ist aber doch nicht in Abrede zu stellen, daß durch die Wendung der Dinge, die sich in Bayern vollzogen, das bisherige Verhältnis dieses Staates zu Preußen einen Riß erhält und daß an die Stelle der bisherigen zögernden Bundesgenossenschaft vermuthlich eine Widerwilligkeit treten wird, welche in jedem entscheidenden Moment in offene Gegnerschaft übergehen kann. — Das Verhältnis der Fortschrittspartei zur national-liberalen Partei ist durch die Waldeckfeier noch um einige Grade verbitterter geworden als es schon war. Von national-liberaler Seite hatte man eine formelle Beteiligungs an dem dem Gefeierten dargebrachten Huldigungen nachgesucht, die Fortschrittspartei hatte dies aber ausdrücklich abgelehnt, die ganze Sache für eine Angelegenheit der Partei, der Waldeck angehört, erklärt und hinzugefügt, die national-liberale Partei könne ja ihrerseits eine besondere Feier veranstalten. Hieraus erklärt sich der sonst sehr auffällige Umstand, daß Waldeck, der durch sein langes Wirken der gesammten liberalen Partei angehört und der außerdem gerade in der deutschen Frage den Anschauungen der National-Liberalen nahe steht, von diesen keinerlei Tribut ihrer Anerkennung erhielt. Daß diese Exklusivität der Fortschrittspartei von Seiten der verwandten liberalen Fraktionen, die sich dadurch in eine ganz falsche Stellung gebracht fühlte, sehr übel vermerkt worden ist, begreift sich. Für die Stellung der beiden feindlichen Brüder ist leider der Vorgang wieder in hohem Grade charakteristisch. — In der Unterrichts-Kommission nimmt Hr. Stiehl eine eigenthümlich vermittelnde Stellung ein, indem er sich sowohl gegen den angenommenen § 1: „alle öffentlichen Unterrichtsanstalten sind Veranstellungen des Staats“, als gegen die konservative Fassung, welche nur von der Oberaufsicht des Staates sprach, erklärte, dabei aber anzugeben vergaß, wie denn nach Ansicht des Ministeriums die Definition nun eigentlich lauten sollte. Die „Kreuztg.“ rechnet für die Entscheidung im Plenum auf die Unterfütterung der Polen, Katholiken und Altkonservativen. Vermuthlich wird es indessen zu dieser Probe wohl gar nicht kommen. Morgen steht der Etat der Seehandlung zur Berathung. Es liegen 2 Anträge zu demselben vor, von denen der eine, der eine Beschränkung des Kapital-Konto einschließlich des Reservefonds auf 11 Mill. Thlr. und von 1871 an die Ueberweisung des ganzen Ertrags des Instituts statt einer Rente in den Staatshaushalt bezweckt, wohl Aussicht auf Annahme hat.

○ **Berlin, 6. Dez.** [Sitzung des Bundesraths des Nordd. Bundes. Die Statthalterung. Das Konso-

lidations-Gesetz. Graf Bismarck. Dankadressen an den Abg. Ziegler. Disziplinarverfahren gegen Lehrer in Schleswig-Holstein. Zur Celler Denkmalsangelegenheit. Das Herrenhaus.] Der Bundesrath des Nordd. Bundes hielt heute Mittag um 1 Uhr unter dem Vorsitz des Präsid. des B.-R.-A. Staatsministers Delbrück eine Plenarsitzung ab und erledigte die sämtlichen 7 Nummern der Tagesordnung, welche wir neulich mitgetheilt haben. Es gehören dazu u. A. die Regelung der Pensionsverhältnisse der Unteroffiziere der vormaligen Schlesw.-holst. Armee, die weitere Einrichtung von Bundeskonsulaten, die zulässigen Abweichungen der Maße von der absoluten Richtigkeit; ferner die Abschlüsse einer Konsular-Konvention mit Spanien, einer Litteratur-Konvention mit Rußland, die Errichtung eines besoldeten Generalkonsulats für Peru und der Abschluß eines Jurisdiktionsvertrages mit Baden. Vorlegung von Eingaben an den Bundesrath machte den Schluß. Die nächste Plenarsitzung wird am Donnerstag stattfinden. Unsere Nachricht, daß der Bundesrath jetzt bis zu Ende Januar zusammenbleiben wird, bestätigt sich vollkommen. — Im Abgeordnetenhaus sind die Staatsberatungen erheblich gefördert worden, so daß sie bis zum Ausgang dieser Woche ganz entschieden zu Ende geführt sein werden, und das Herrenhaus, wenn die Schlussberatung, wie zu erwarten, schnell abgewickelt wird, noch vor Eintritt der Verlegung sich über das Budget schlüssig gemacht haben, und das Staatsgesetz vor dem Ablaufe des Jahres durch die Gesetzordnung publiziert werden kann. — Am letzten Tage dieser Woche soll das Konsolidationsgesetz zur Plenarberatung im Abgeordnetenhaus gelangen. Es sind Vorkehrungen in der Druckerei getroffen, wonach eine Vertheilung des morgen Abend zur Verlesung kommenden Berichts schon für Mittwoch früh ermöglicht wird. Man agitiert übrigens jetzt lebhaft von vielen Seiten gegen die Annahme des Gesetzes und es ist zu wünschen, daß der Finanzminister Camphausen sich in Etwas wenigstens nachgiebiger als in der Kommission gegen einzelne annehmbare und wünschenswerthe Amendements zeigen möche. Bei der augenblicklichen Meinung im Hause scheint die Annahme der Vorlage, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist, mindestens zweifelhaft. — Graf Bismarck, der wie telegraphisch gemeldet worden, seiner Gemahlin nicht nach Bonn an das Krankenlager seines Sohnes gefolgt, sondern in Folge günstiger Nachrichten über das Befinden des letzteren hier verblieben ist, hat sich heute Morgen mit dem Kriegsminister von Moos auf dessen Gut Gütergoh auf die Jagd begeben. Es scheint hiernach, daß der Graf seine Geschäfte vorläufig noch nicht wieder aufnimmt. — Dem Abg. Ziegler hat gestern eine Deputation aus Breslau eine Adresse der Bürgerchaft und eine zweite der dortigen Ressourcen überreicht. Beide Zuschriften sprechen dem Abg. Dank für sein Verhalten gegenüber dem Kultusminister aus. — Unter den schleswig-holsteinischen Abgeordneten herrscht heute eine ziemlich lebhaft erregung in Folge einer Nachricht aus Heide, wonach der dortige Landrath Förster gegen die Lehrer wegen deren Mitgliedschaft bei dem dortigen Volksvereine (ein Bildungsverein) und wegen ihrer Beteiligungs an den letzten Ortswahlen ein Disziplinarverfahren eröffnet hat. Vier Lehrer sollen vor das Landrathsamt geladen, dort im langen Verhöre vernommen, und verwahrt worden sein. Die schlesw.-holst. Abgg. sind gewillt, weiteres Detailmaterial über diese Vorgänge einzusuchen, und dieselben dann zum Gegenstande einer Interpellation im Abgeordnetenhaus zu machen. — Die hannoverschen Abgg. gingen eine Zeitlang mit dem Plane um, die leidige Celler Denkmalsangelegenheit zum Gegenstande einer dritten Interpellation zu machen; sie sind indessen auf Anrathen ihrer Freunde aus den alten Provinzen davon zurückgekommen. — Demnächst werden auch die Herrenhausitzungen wieder aufgenommen werden; es ist allgemein Klage darüber, daß die rheinischen Mitglieder dieses Hauses bisher so spärlich erschienen sind und dem Rommerzienrath Engels in Barmen allein überlassen haben, ihnen ein, leider ohne Nachahmung gebliebenes Vorbild zu sein.

Stiel, 6. Dez. (Tel.) Laut eingegangener Meldung sind Hr. Maj. Briggs „Musquito“ am 2. und „Kober“ am 5. d. Mts. von Oporto in See gegangen. Hr. Maj. Schiff „Arkona“ brachlichtete am 6. d. Mts. von Alexandrien nach Malta in See zu gehen.

Dresden, 6. Dez. (Tel.) In der ersten Kammer brachte Graf Hohenlohe folgenden Antrag ein: Die sächsische Regierung möge im Bundesrathe dahin wirken, daß diejenigen Bestimmungen des norddeutschen Strafgesetzbuchs, welche sich auf das gemeine Polizeistrafrecht beziehen und somit nach Maßgabe des Art. 4 der Bundesverfassung, der Bundesgesetzgebung nicht un-

Die Waldeckfeier in der Tonhalle.

Die von dem Berliner Arbeiterverein angeregte Waldeckfeier in der Tonhalle am 3. Dezember verlief in der würdevollen Weise, ohne von dem geringsten Mißlingen behaftet zu werden. Die Theilnahme an derselben war eine überaus große, so daß die weiten Räume des Festsaales, bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Waldeck selbst war durch sein körperliches Leiden an der Theilnahme verhindert und schickte statt dessen seine Familie; die Fraktion der Fortschrittspartei und das linke Centrum des Abgeordnetenhauses war in corpore erschienen, von den übrigen liberalen Fraktionen einzelne Mitglieder, ferner die Mitglieder der Burschenschaft „Brandenburgia“ und die bekanntesten Führer der liberalen Parteigruppierungen. Der Festsaal war reich mit Laubgewinden, Fahnen und den Wappen der preussischen Provinzen geschmückt; über der Mittelloge, in der die Familie Waldecks Platz genommen, erhob sich das schwarz-rot-goldene Banner des Arbeitervereins, flankirt von der Fahne der Maschinenbauer von 1848 und der Burschenschaft Brandenburgia. Um 8 Uhr begann die Feier mit der Ouverture zu „Fidelio“, der sich die Deklamation des Waldeckschen Jugendgedichtes „drei Wünsche“, vorgetragen von Adolph Glagbrenner angeschlossen. Die Feste wurde von Schulze „Delitzsch“ gehalten; ihr Hauptinhalt war folgender:

Daß der heutige Tag, sagte der Redner, faßten wir seine Bedeutung richtig auf, zu mehr als einer persönlichen Huldigung, daß er zu den ernstesten Betrachtungen unserer Verfassungskämpfe innerhalb der beiden verflochtenen Jahrzehnte hindrängt; davon ist jeder der hier erschienenen Festgenossen durchdrungen. Knüpfen sich doch an den Mann, dem die Feier gilt, und an seine Geschichte die wichtigsten Momente aus den Arbeiten und Ereignissen jener Tage, so zu sagen die Masken von Blut und Ehre der großen Bewegung, mit denen die neue Zeit über Preußen und Deutschland hereinbrach. Und wie der Tag seiner Befreiung aus langer Kerkhaft, dessen Wiederkehr nach 20 ereignisvollen Jahren wir begehen, einen großen Sieg der Demokratie bezeugt, mitten in ihrer äußersten Niederlage, so liegt in der heutigen, aus der unmittelbaren Initiative des Volkes hervorgegangenen Feier desselben in unerquicklicher Zeit die Gewähr einer besseren Zukunft. Nachdem Redner des Lebenslaufs des Gefeierten in seinen Hauptzügen angedeutet, fährt er fort: Vor Allem ragt seine Thätigkeit als Vorsitzender der Verfassungskommission hervor; das beste Zeugniß davon ist, daß der dort entstandene Entwurf die Grundlage der von der Regierung oktroyirten preussischen Verfassung vom 6. Dezember 1848 bildet, und daß

Alles, was sich in dieser trotz aller Revisionen an Volksrechten und Garantien der Freiheit noch vorfindet, aus ihm herkommt, so daß man sie noch jetzt häufig von Freund und Feind als die „Charta Waldeck“ bezeichnen hört. Daß dieser Mann, bei äußerster Entschiedenheit stets dasjenige Maß innehielt, welches ihn davor schützte, den realen Boden unter den Füßen zu verlieren, ist selbstverständlich; trotz alledem, sobald man sich nach dem Niederkommen der Bewegung von 1848 etwas fester fühlte, eröffnete der Prozeß Waldeck die Reihe der Verfolgung demokratischer Abgeordneter. Nach der Anklage sollte Waldeck von einem hochverräterischen Unternehmen, welches die Herrschaft einer einzigen untheilbaren, sozialdemokratischen Republik in Deutschland zum Zwecke hatte, Kunde erhalten haben, ohne es der Behörde anzuzeigen. Es ist kaum möglich, etwas aufzufinden, was dem Wesen Waldecks mehr widerstrebe; ein Einblick auf den Grundzug seines parlamentarischen Wirkens, seiner öffentlichen Thätigkeit genügt, dies zu erwiesen, und es verlohnt sich wohl, einen Augenblick dabei zu verweilen. Wir finden nämlich diesen Grundzug in der glänzenden Verschmelzung zweier Eigenschaften bei Waldeck, deren gegenseitige Ergänzung und Durchdringung uns die politische Bedeutung des Mannes erklärt. Der mächtige Drang seiner Natur, kraft dessen er die Freiheit auf allen Gebieten des öffentlichen und Privatlebens auf der unerschütterlichen Grundlage des für Alle gleichen Rechtes als unerrückbares Ziel vor Augen hat, verbindet sich bei ihm mit dem angeborenen Sinn für das Staatliche in seiner geschichtlichen Entwicklung. Daher auch der Zug der Hingebung an das Vaterland, das entschlossene Eintreten Waldecks für die Mission Preußens in Deutschland, aber freilich des Preußens, das seinen Beruf in der Begründung des wahren Rechts- und Volksstaates erkennt. (Bravo!) Diese Verbindung des Dranges nach subjektiver Freiheit mit dem Zuge der Einordnung in eine organisch geliebte Gesamtheit, sie bewahrte ihn vor dem Anstreben halbloser Utopien sowohl, wie vor der Huldigung äußerlicher Machterfolge, die unser Vaterland gegenwärtig in Verfolgung seiner wahren Ziele in so hohem Maße beeinträchtigt. (Bravo!) In seinem Augenblick hat ihm und seinen politischen Freunden die Machtstellung Preußens anders gegolten, denn als Hort der nationalen Selbstbestimmung nach Außen, als Gewähr der Freiheit, als Dienerin des Rechts im Innern, und jeder Abweichung von diesen Bahnen ist er mit der alten Fortschrittspartei zu jeder Zeit entgegengetreten. (Bravo!) Damit war die Haltlosigkeit der Anklage bewiesen; wer eine so hohe Auffassung von dem Beruf des Staates hat, der verschmüht sich nicht gegen die Existenz eines solchen

Staates, am wenigsten in einer ihm durchaus widerstrebenden Richtung, denn stets ist Waldeck den Umtrieben der Sozial-Demokraten entgegengetreten, wie er das am schlagendsten durch seine Rede im Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Koalitionsgesetzes bewies und wie er sich schon 1849 gegenüber einer Arbeiter-Deputation aussprach.

So war der Verlauf des Prozeßes. Das Verfahren vor dem Schwurgericht unter dem Vorsitz Taddels, der mit ebensoviel Energie als Würde die Annahme und die Intrigue von den Verhandlungen zurückwies, ergab ein bis dahin in den Annalen der preussischen Justiz unerhörtes Resultat: nicht eine Verurtheilung des Angeklagten, sondern eine Verurtheilung gegen den Angeklagten wurde konstatiert, welche der öffentliche Ankläger selbst, als ein Vubenstück eronnen, einen Mann zu verurtheilen, kennzeichnete (Stürmischer Beifall!)

Die unmittelbaren Erfolge des Ereignisses entsprachen den Erwartungen der demokratischen Partei nicht. Das Schwurgericht hatte sich Waldeck und seinen Kollegen gegenüber im Steuerverweigerungsprozeß bewährt, aber diese wichtige Garantie des Volkes gegen politische Verfolgung ging verloren, eben weil sie nicht die rechte Handhabung bot. Gegen die böswilligen Urheber der Denunziation fand das in Aussicht gestellte Verfahren nicht statt (Stört!), der allmächtige Polizeipräsident der Hauptstadt debütierte seine staatsrechtlichen Operationen noch aus und unverhüllter wie je verfocht die Reaktion ihre verderblichen Ziele. Eines aber hatte der Prozeß gestiftet: er gewährte einen Einblick in das Getriebe jener kleinen aber mächtigen Partei, er deckte vor aller Welt die tief unethischen Mittel auf, mit denen sie ihre unedelmüthigen Zwecke verfolgte. (Beifälliger Beifall.) Welche Firma von Königstreue und Glaubensfestigkeit man auch den Dingen aufzuzählen suchte, diese Zwecke laufen auf nichts anderes hinaus, als auf Kosten des Gemeinwohls sich eine bevorzugte Sonderexistenz zu schaffen, durch Niederhaltung der politischen Selbstständigkeit und humanen Bildung sich die Herrschaft über das Volk zu sichern. Wie der Spruch des Gerichtes die Demokratie von der Anklage erlöste, so belästigte er die Reaktion damit und deshalb war jener Tag ein Sieg der Demokratie mitten in ihrer Niederlage. Es eilet mich an, in Verbindung mit Waldeck jene Namen zu nennen, welche jene Partei zum Theil noch jetzt unter ihren Schutzhäuten hegt — sie hat keine Zukunft in unserem Lande! (Entusiastischer Beifall.) Nicht lange darauf zeigten sich schon die ersten Zeichen des Gerichts. Werfen Sie einen Blick auf das tragische Ende des mächtigen Mannes, unter dessen Regide die Anklage zu Stande kam. Dieselbe Partei, welcher es so

